

Joachim Becker, Andrea Komlosy  
(Hrsg.): Grenzen weltweit.  
Zonen, Linien, Mauern im  
historischen Vergleich.  
(Beiträge zur Historischen  
Sozialkunde/Internationalen  
Entwicklung des Vereins  
für Geschichte und Sozialkunde.  
Bd. 23) Promedia Verlag &  
Südwind. Wien 2004, 235 S.,  
(24,90 €)

Sozial- und Wirtschaftshistoriker legen hier eine bemerkenswerte Analyse zu einem der bedeutendsten Phänomene vor, das das Leben der Menschen beeinflusst. Sicher kann um den Rang und die Bedeutung von »Grenze« als historisch-soziologische Kategorie, etwa im Verhältnis zum Nationalstaat, gestritten werden. Nicht zu übersehen ist, daß die Grenze erst den modernen Nationalstaat möglich machte, in dem sie Steuern, innere Sicherheit, Wehrverfassung und zunehmend auch wirtschaftliche Entwicklung in der Lage war abzusichern, so der jeweilige Staat die Stärke besaß, dieses Grenzregime durchzusetzen.

Richtig ist, daß Grenzen in der jüngsten Geschichte wesentlich die Auseinandersetzungen des Kalten Kriegs bestimmt haben. Es ging darum, sie durchlässig zu machen, gar um ihre mögliche Öffnung. Das war die bestimmende politische Losung, seitdem das Bild vom »Eisernen Vorhang«, der zwischen den kommunistischen Staaten und dem Rest der Welt niedergegangen sei, vor allem von Winston Churchill in seiner Fulton-Rede strapaziert worden war. Es war immer eine reale, oft genug auch mit Blut gesetzte und festgesetzte Grenze zwischen zwei Blöcken, Systemen, Wirtschafts- und Lebensweisen, die Angriff und Spionage der jeweils anderen Seite ebenso verhindern sollte wie – zumindest aus östlicher Sicht – das Eindringen subversiver Ideen oder die Flucht des einzelnen. Freizügigkeit, Reisemöglichkeiten waren deshalb schon früh im Osten eine Forderung, die aber bereits zu Zeiten der Existenz von Mauer und Stacheldraht seltsam kontrastierte mit dem westlichen Wunsch nach Limitierung und Auswahl der-

jenigen, die einreisen durften. Schon früh zeigte sich, daß es offensichtlich nicht um jedermanns Reisefreiheit gehen sollte. Folgerichtig konstatieren die Herausgeber, zwei jüngere Professoren an Wiener Universitäten: »Zwar gibt es keinen Eisernen Vorhang und keine Berliner Mauer mehr, ›Schengen‹ und die Befestigungslinie zwischen den USA und Mexiko grenzen indes Zentralräume und Randgebiete ab« (S. 7).

Ebenso sehen sie solche Grenzen zwischen religiösen und ethnischen Gruppierungen, zur Abwehr von Schmugglern, Waffenschleppern und immer wieder von Flüchtlingen. Für den vorliegenden Band fassen die Herausgeber »Grenze in vielfältiger Form: als Staatsgrenzen, als innerstaatliche Grenzen und als Regionalblockgrenzen; als ökonomische Grenzen zwischen unterschiedlichen regionalen Wirtschafts- und Integrationsräumen sowie als regionale Wohlstandsgefälle, und schließlich als Grenzen in sozio-kultureller, ethnischer oder religiöser Hinsicht« (S. 9).

Becker/Komlosy ziehen eine geschichtliche Linie von den Stadtmauern bis zum »Eisernen Vorhang«. Tatsächlich haben Grenzen offensichtlich eine doppelte Funktion: Sie grenzen das zu schützende Territorium, die zu schützende politische, geistige und wirtschaftliche Ordnung von als bedrohlich empfundenen Einflüssen, gar Angriffen ab. Und sie grenzen zwangsläufig auch jene aus, die von ihrem Reichtum, ihrer Eigenart partizipieren wollen. Dieses Ab- und Ausgrenzen bzw. der Versuch, Grenzen zu überwinden, sind ebenso wie die genannten Felder der Grenzziehungen Gegenstand der Untersuchung und naturgemäß unscharf, schwer unter eine Definition, eine historische Erfahrung zu bringen. Den naheliegenderen Versuch, sich allein dem Phänomen der Grenze als Gebiet, Raum, als Grenzsaum zuzuwenden, genügt den meisten Autoren nicht. Aber ebenso muß die Spezifik der Nationalstaaten, der Blöcke, der sich abgrenzenden Lebens-, Wirtschafts-, wohl auch Denkweisen hinter dem gewählten Untersuchungsbereich zurücktreten.

Wenn der Leser diese Einschränkung akzeptiert, dann eröffnet sich ihm allerdings tatsächlich ein breites Spektrum von Grenzen, Geschichtszusammenhängen, aber auch von Einsichten jenseits der aktuell-politischen Pro-

paganda, die den Fall der Grenzen zwischen Ost und West 1989/91 als großen Triumph preist und sich meist der Tatsache verweigert, daß nach der allzulang dominierenden Blockgrenze nun andere Grenzbeziehungen oft weit wirkungsvoller hervortreten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben moderne Kommunikation und Transport und die rasche Verbreitung von Informationen (und Desinformationen) weltweite Wanderungsbewegungen hervorgebracht. Der Arbeitskräftebedarf wächst massiv. Ganze nationale Wirtschaften, angefangen mit den USA, erblühen dank kostensparenden *brain drains*. Die alte Bundesrepublik hat bis 1961 ihre ostdeutschen Landsleute in solchem Sinne ausgenutzt, und heute besetzen russische Intellektuelle Ingenieurs- und Musikerstellen weltweit, ganz zu schweigen von den Fach- und angelernten Arbeitern und den Servicekräften, die aus aller Welt in die Metropolen gezogen werden und ziehen. Die »Festung Europa« zum Schutz von »Schengen-Land«, die nur partielle, aber zweitrangige Eingrenzung Osteuropas bei Ausgrenzung Rußlands, analoge Prozesse in anderen Weltregionen weisen auf eine neue Konstellation alter Kolonialstrukturen des Imperialismus des 19./20. Jahrhunderts hin. Ob dies, wie im Band geschehen, vor allem im Sinne von Zentrum und Peripherie zu betrachten ist, sei dahin gestellt.

Und ein zweiter Effekt scheint wesentlich, obschon er nur tangiert wird: Die realen Wohlstandsgrenzen stellen sich eben nicht nur zwischen Ländern und Regionen dar, sondern auch innerhalb der Länder, wie am Beispiel des Mezzogiorno, der Black Counties oder eben auch Ostdeutschlands sichtbar wird. Es sind faktische Grenzbeziehungen, die zwar jederzeit überwindbar sind, wenn Arbeitsmigranten erwünscht sind, Warenströme fließen sollen, aber die Zustände in diesen Regionen doch mehr oder minder dauerhaft festgeschrieben haben. Und es sind die Einigelungen jener Wohngebiete und Viertel der »Reichen und Schönen«, die schon heute nicht nur in Pretoria oder São Paulo durch Privatarmeen und Hubschrauber-Taxis von Slums und »normalen« Wohngebieten abgegrenzt werden. Das ist ein Trend, den die neoliberale Umverteilung mehr und mehr vorantreiben wird – und zwar auch in den westlichen Metropolen.

Die Beiträge im Buch verweisen auf unterschiedliche Geschichtserfahrungen. Hans-Heinrich Nolte zeigt an deutscher Ostgrenze (und Ostexpansion), russischer (Militär-)Südgrenze und (US-)amerikanischer Westgrenze die vorimperialistische Ausweitung und Kolonialisierung, verbunden mit Unterwerfung, gelegentlich auch Ausrottung der ursprünglichen Bevölkerungen. Hervorzuheben sind jene Untersuchungen, die die Auflösung von Habsburger und Osmanischem Reich vergleichen (Becker/Asli Odman), wo sich Parallelen zum Crash des Ostblocks geradezu anbieten. Der Zerfall dieser Reiche, aber auch die Restriktionen gegen das Deutsche Reich nach 1918 mit ihren Grenz- und Menschenverschiebungen wurden wohl für alle Veränderungen im und nach dem Zweiten Weltkrieg wie auch für die jüngste Gegenwart ebenso gefährliche wie nachdrückliche Blaupause.

Andrea Komlosy vertieft dies, indem sie die Probleme von Migration und Freizügigkeit im k.u.k.-Reich mit der EU in Beziehung setzt, wobei letztere durchaus nicht vorteilhaft abschneidet. In diesen Kontext paßt Hannes Hofbauers Untersuchung zum Zerfall Jugoslawiens mit dem Neuentstehen von Staaten wie Grenzen und den Interessenlagen der EU. Einzeluntersuchungen verweisen auf interessante Beispiele, so die Entwicklung der Grenzen von Namibia aus der kolonialen Deutsch-Südwest-Vergangenheit (Henning Melber) oder die im Wortsinne brandaktuelle Studie zur Wechselwirkung Israel-Palästina (Viktoria Waltz). Helga Schultz hat ihre unmittelbare Erfahrung an der Viadrina der Doppelstadt Frankfurt/Oder-Słubice verallgemeinert und nach dem Schicksal geteilter oder gegeneinander errichteter Städte gefragt. Ein besonderes Feld stellt der Zerfall nationaler Ökonomien unter dem Druck neoliberaler Wirtschaftspolitik in den abhängigen Ländern dar, wie es am Beispiel Argentinens und dem Zerfall der nationalen Währung, der Rolle des Dollars, aber auch der Herausbildung von regionalem und lokalem Ersatzgeld vorgeführt wird (Becker/Paola Visca). Schließlich rundet ein Beitrag zur gesteuerten Migration bzw. Migrationsabwehr seitens der USA gegenüber NAFTA und speziell Mexiko das Buch ab.

Heute bedarf es keiner soliden Mauern – ob alter Stadtmauern oder moderner DDR-Grenz-

sicherungsanlagen – mehr, ist der naive Beobachter geneigt zu vermuten. Allein, die Praxis des wirtschaftlichen und vor allem Wohlstandsgefälles sowie die verzweifelte Suche nach Arbeitsplätzen geben heute manch abgelegter Erinnerung Aktualität. Nicht zuletzt der Umgang mit den Grenzen und jenen, die sie in friedlicher Absicht, aber auch mit ihren eigenen Interessen zu überwinden suchen, dürfte auch künftig Maßstab für die Bewertung von Politik und großen Ideen sein. Die Wissenschaftler bleiben nüchtern: »Raum, Grenzbeziehungen und Grenzregime sind weder im Fall der Staaten noch der transnationalen Verflechtungsräume ein für alle Mal fixiert, sondern veränderlich. Gesellschaftliche Akteure suchen Grenzbeziehungen und Integrationsintensität politisch zu beeinflussen, da dies auf die Machtbeziehungen, ihre wirtschaftlichen und politischen Möglichkeiten Einfluss hat« (S. 46).

STEFAN BOLLINGER

**Ingrid und Gerhard Zwerenz:  
Sklavensprache und Revolte.  
Der Bloch-Kreis und seine Feinde  
in Ost und West, Schwarzkopf  
Buchwerke, Hamburg-Berlin 2004,  
554 S. (29,90 €)**

Der Text ist geistreich und anregend. Wer aber vorrangig auf Information aus ist, kann Schwierigkeiten bekommen. Zwerenz/Zwerenz folgen oft nicht den Gesetzen der Chronologie. Sie legen an beliebiger Stelle dar, was und wozu ihnen etwas einfällt. Hinzu kommen Vor- und Rückblenden, Vergleiche zwischen damals und heute. Der rote Faden des Erinnerungswerkes besteht darin, »die unterdrückte, zerschlagene und zerstreute Leipziger Schule fortzusetzen« und so »das Erbe Blochs ... anzutreten« (S. 347). Wer sich bei unzureichender Sachkenntnis ein Bild machen will, muss die verstreut verzeichneten Einzelteile des Fadens zusammenknöten.

Ausgangspunkt der Würdigung Ernst Blochs ist die Ansicht des Philosophen zu Marx' elfter Feuerbach-These, dass nicht nur die Welt verändert werden muss, sondern dazu auch die

Menschen sich ändern müssen. Sie bräuchten Hoffnung auf eine ihnen gemäße Gesellschaft, Trotz gegenüber deren Widersachern und den aufrechten Gang. Als »Revolutionär des Subjekts« sei Bloch der »Trotzki der Philosophie« (S. 361 und 364). Doch unterscheide ihn von diesem die Sklavensprache, die der Gelehrte wegen stalinistischer politisch-gesellschaftlicher Zustände und seiner eigenen Verstricktheit darin zu DDR-Zeiten anzuwenden gezwungen war – ausgenommen die Monate von März 1956 bis zur Unterdrückung des Ungarnaufstands im Oktober desselben Jahres. Bloch als »Alternative zur ... Sowjetphilosophie« (S. 515) habe nicht ins politbürokratisch beherrschte Gefilde gepasst, als Verfechter der Revolte auch nicht in den Bonner Nachfolgestaat des Dritten Reiches, in dem er – trotz für ihn erniedrigender »Selbstkritik« von der Universität Leipzig ausgeschlossen – 1961 nach dem Mauerbau Quartier nahm.

Zwerenz/Zwerenz sehen in Blochs Philosophie weiter ein Mittel, zur Revolte anzustacheln. Sie stellen ihn, seine Standpunkte und Schüler, deren Schicksale und wichtige Widersacher in Ost und West vor – von den Letzteren auf DDR-Seite u. a. den Philosophen Rugard Otto Groppe und den Kulturbürokraten Siegfried Wagner, auf westdeutscher den Tübinger Theologieprofessor Joseph Ratzinger, heute erzkonservativer Sittenwächter im Vatikan. Die Autoren legen Wert darauf, dass die Rebellion im zweiten deutschen Staat der von 1968 im ersten um zwölf Jahre vorherging. Sie verweisen auch auf die Kreise um Erich Loest in Leipzig und Wolfgang Harich in Berlin, zu denen Gerhard Zwerenz Kontakt hatte. Die überwiegend studentischen damaligen Regimekritiker in Berlin und Jena sind ihm offenbar entgangen. Bei einer Gesamtdarstellung der Vorgänge vor fast 50 Jahren, die noch aussteht, müssten auch deren Aktivitäten berücksichtigt werden. Die Folgen der Unterdrückung dieser Revolte (später auch des »Prager Frühlings«) schätzen die Verfasser als katastrophal ein: »Der ungarische Aufstand mit seinen idiotischen Exzessen, den Gelynchten und blindwütig Erschossenen war es, der die SED-Politbüro-Hierarchie rettete. Die Unterlassung der Zweiten Revolution war der Anfang vom Ende. Als der Parteistaat 1989 abgewirtschaftet hatte, verflüchtigte sich die

traditionslose sozialistische Revolution im Handumdrehen, es siegten die bloßen Überläufer, und fertig war das alte bürgerlich-kapitalistische Deutschland« (S. 71).

Auf kleinerem Raum behandeln Zwerenz/Zwerenz Blochs Wirken an der Universität Tübingen, in der BRD-Bewegung gegen Restaurationsfolgen, verschärfte Repression und US-Vietnamkrieg. Bloch habe dort Anhänger bei linksstehenden Studenten und Wissenschaftlern gefunden, aber auch einflussreiche reaktionäre Gegner. Die Gegnerschaft habe auch daher gerührt, dass seine Lehre neben anderem das Ziel verfolgte, das Christentum »vom Kopf auf die Füße zu stellen«, dessen seit Thomas Müntzer rebellische Traditionen für den gegenwärtigen Kampf nutzbar zu machen (S. 326). Gleich Gropp & Co. in Leipzig habe auch hier manche Geistes- und Politgröße in Bloch einen »Verführer der Jugend« gesehen.

Der BRD-Rebellion von 1968 gegenüber geben die Autoren der 1956er in der DDR den Vorrang. Mit der Feststellung, 68er besäßen im Übergang zum dritten Jahrtausend »nichts mehr als ihre Vergangenheit, die von weiblichen und männlichen Karrieristen zahlreich dementiert wird« (S. 391), überziehen sie. Nicht alle wurden in solchem Maße systemtreu wie Joseph Fischer, der Auschwitz mit Milosevičs Jugoslawien auf eine Stufe stellte, um Hitlers Nachfolgestaat in den Balkankrieg hineinzutreiben. Andererseits hat es auch unter 56ern Überläufer gegeben. Vor allem waren es, wie die Verfasser selbst konstatieren, viel zu wenige, die damals die Chance einer zweiten, politischen Revolution zwecks Übergangs zum Sozialismus, zu einer Reformation im Blochschen Sinne, wahrzunehmen versuchten (S. 395).

Neben oftmals treffenden Charakteristika historischer wie aktueller Vorgänge und Persönlichkeiten enthält der Band Be- und Erkenntnisse wie diese: »Gegen Stalins Getreue trete ich ebenso gern als Antikommunist auf, wie ich sofort Kommunist werde, sehe ich mich mit Faschisten konfrontiert« (S. 243). »Die heutige Berliner Republik verdrängt die 56er ebenso wie anderthalb Jahrhunderte Arbeiterbewegung ... Das Land ohne Alternative will nicht an die DDR-Revolution von 1956 erinnert werden, als eine sozialistische Alternative

möglich schien ...« (S. 503 f.). »Es ist an der Zeit, ein Kerngesetz gegen die Willkür der Postmoderne zu formulieren. Hegels Triade ... erscheint bei Bloch transformiert als die Triade Philosophie-Sklavensprache-Revolution ... Kann sein, der Revolteur unterliegt ... Aber lieber verbrannt sein, denn als lebender Leichnam weiter zu vegetieren« (S. 464). Und: »Die organisierte Rest-Linker der Berliner Republik hat heute die Wahl, eine durch Bloch erneuerte marxistische Philosophie zu realisieren oder sang- und klanglos wie die fehlerhaft konstruierte DDR, wenn nicht gewaltsam wie die Weimarer Republik abzutreten« (S. 514).

Das Buch zu lesen war ein Lernprozess, war trotz in Details bestehender Meinungsunterschiede mit den Autoren ein politischer und der Stilistik wegen auch ästhetischer Genuss.

MANFRED BEHREND

**J. Magnus Ryner:**  
**Capitalist Restructuring,**  
**Globalisation and the Third Way.**  
**Lessons from the Swedish Model**  
**(Kapitalistische Umstrukturierung,**  
**Globalisierung und der Dritte Weg.**  
**Lehren aus dem schwedischen**  
**Modell), Routledge London**  
**and New York 2002,**  
**272 S. (\$ 114.95)**

Der Verfasser des hier rezensierten Buchs ist dem einschlägig interessierten deutschen Publikum vermutlich nicht unbekannt: Er hat ein Kapitel zu dem im Jahre 2000 im Verlag Westfälisches Dampfboot von H. J. Bieling und J. Steinhilber herausgegebenen Band über »Die Konfiguration Europas« beigetragen. Diese Veröffentlichung bildet die Substanz von Kapitel 1 (»Recent Discourse on the Third Way«) des Buchs, das ansonsten eine für den Druck überarbeitete und aktualisierte Fassung seiner Dissertation darstellt. Das Einstiegskapitel erfüllt in diesem Zusammenhang die Funktion, in die seinerzeit hochaktuelle Diskussion über den dritten Weg einzugreifen und die Relevanz einer Analyse des schwedischen Modells in diesem Zusammenhang zu belegen. Dieser

Analyse sind dann die Kapitel 2-7 gewidmet, die durch zusammenfassendes Schlusskapitel und eine Anlage zu den theoretischen Prämissen und zur Methode ergänzt werden.

Kern des Buchs ist der Versuch, mit einer Analyse, die stark durch die an Gramsci anschließende Variante der »internationalen politischen Ökonomie« beeinflusst ist, nachzuweisen, dass das schwedische Modell nicht nur nicht an seinen inneren Widersprüchen gescheitert ist, sondern weiterhin das Potenzial für eine emanzipatorische Politik in sich birgt. Mehr noch: Die Analyse des schwedischen Modells soll belegen, dass die als Sachzwang dargestellte Modernisierung mit ihren Reformen letztlich nichts anderes ist als das Ergebnis der von den sozialdemokratischen Eliten gewählten politischen Praxis.

In der Auseinandersetzung mit Giddens arbeitet Ryner heraus, dass dieser in einem zentralen Punkt die neoliberale Argumentation ohne Einschränkungen übernimmt, und zwar in Bezug auf die mikroökonomischen Aspekte. Sozialstaatliche Errungenschaften werden abgelehnt, weil sie zu suboptimalem Verhalten des *homo oeconomicus* führen. Die von Giddens befürwortete Ausweitung der »Warenlogik des kapitalistischen Wirtschaftssystems« (S. 20) ist aber nicht mit der vom selben Autor geforderten Partizipation am gesellschaftlichen Leben zu vereinbaren. Diese Partizipation ist laut Ryner viel eher auf der Grundlage eines universellen Wohlfahrtsstaats, sozialer Bürgerrechte und eines der Warenlogik entzogenen, »dekommodifizierten« Bereichs denkbar. Insofern sei das schwedische Modell auch für eine Politik relevant, die »die Legitimationsprobleme der fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaft ernst nimmt« (S. 27).

In einem zweiten Schritt beschäftigt sich Ryner dann mit den von Giddens u. a. behaupteten Mängeln des traditionellen sozialdemokratischen Modells. Er versucht in Anlehnung an die Regulationsschule nachzuweisen, dass der schwedische Wohlfahrtsstaat das Potenzial für eine wirtschaftlich lebensfähige Form des Postfordismus bietet, der auf einer verhandlungsbasierten Einbeziehung beruht. Die schwedische Wirtschaftskrise der neunziger Jahre war in dieser Sicht keine unausweichliche Folge einer Art technischen Wandels, son-

dern das Ergebnis der Unfähigkeit, ein Modell der verhandlungsbasierten Einbeziehung zu institutionalisieren. Diese Unfähigkeit wiederum findet ihre Erklärung in einer politischen Wende hin zu einer neoliberalen Akkumulationsstrategie und einem entsprechenden hegemonialen Projekt.

Im Anschluss daran versucht Ryner, in zwei Kapiteln die besonderen Merkmale des schwedischen Modells unter Rückgriff auf seine Entstehung herauszuarbeiten. Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang die Bedeutung des (auf wenige Branchen konzentrierten) Exportsektors, der in einigen wenigen um Banken gruppierten »Sphären« organisiert war und den Kern eines »disartikulierten« Fordismus darstellte. Innerhalb dieses Modells wurde der Begriff der »Rationalisierung« zum gemeinsamen Nenner – und selbstverständlich zum Gegenstand von Auseinandersetzungen um seinen Gehalt.

In diesen Rahmen kann auch das Rehn/Meidner-Modell eingeordnet werden, das als Grundlage der wirtschaftspolitischen Strategie der Nachkriegszeit diente. In seinem Mittelpunkt stand die Überlegung, dass das Lohnniveau so angesetzt werden sollte, dass Unternehmen mit hoher Produktivität quasi einen Bonus erhalten, während für Firmen mit unterdurchschnittlicher Produktivität die Pleite vorprogrammiert war. Die Regierung hatte dann dafür zu sorgen, dass a) trotz Vollbeschäftigung die Inflation nicht zu hoch wurde, b) die Arbeitsmarktpolitik gewährleistete, dass Arbeitskräfte aus stagnierenden in boomende Sektoren (und Regionen!) wechselten, ohne dass Engpässe entstanden, und c) genügend Mittel – auch aus öffentlichen Quellen! – für Investitionen zur Verfügung standen.

Ryner behauptet nun keineswegs, dass seit der Blütezeit dieses Modells keine Veränderungen eingetreten seien. Von einem Verständnis der neoliberalen Globalisierung als der Herausbildung eines grenzüberschreitenden historischen Blocks ausgehend, bestreitet er aber die Naturgesetzlichkeit ihrer Entstehung und betont die Formbarkeit sozialer Praxis – auch für Schweden, wo die Transnationalisierung der Produktion seit Ende der 80er Jahre rasch fortgeschritten ist und die Geldpolitik ihre traditionellen Instrumente nicht mehr einsetzen kann. Das entstehende

Regime des »Neo-Konstitutionalismus« forme »politisch gewollt die Grenzen von Markt und Staat so um, dass Staaten möglichst weitgehend dem Wirken der internationalen Kapitalmärkte ausgesetzt sind. (...) Angestrebt werden die Schaffung eines Puffers gegen Bestrebungen, die auf einen Schutz vor der Wirkung des Markts abstellen, sowie die Disziplinierung der sozialen Akteure, so dass sie sich den Zwängen und Kriterien des Markts unterwerfen« (S. 111). Ryner schließt nicht aus, dass dieses Regime zukunftsfähig ist, und weist im Zusammenhang mit dem Rückzug Lafontaines darauf hin, dass eine Alternative zum Neoliberalismus nur erfolgreich sein kann, wenn sie sich auf eine kohärente Mobilisierung breiter Bevölkerungsschichten stützt.

Dieser generellen Darstellung schließt sich ein Überblick über die Entwicklung Schwedens in den letzten ca. 20 Jahren an, dessen Kernsatz wie folgt lautet: »Seit Mitte der achtziger Jahre ist es (...) nicht mehr gerechtfertigt, von einer »traditionellen« Sozialdemokratie zu sprechen, weil die makroökonomische Politik der Regierung eine Politik des kompensatorischen Neoliberalismus wurde« (S. 126). Vorher waren – in den siebziger Jahren – in einer Phase, in der das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit für letztere günstig war, mehrere Reformen und Reformversuche unternommen worden, mit denen es letztlich aber nicht gelang, die Grenze zwischen Markt und Staat zu verschieben. Den mit dem Vorschlag zur Schaffung von Arbeitnehmerfonds unternommenen Versuch, dies zu tun, beantwortete dann die Rechte unter Führung des Unternehmerverbands SAF mit einer Gegenoffensive. Diese konnte schon Mitte der achtziger Jahre mit der Deregulierung der Kapital- und Devisenmärkte einen beachtlichen Erfolg erzielen, der vor allem eines deutlich machte: die Attraktivität neoliberaler Modelle für hochrangige sozialdemokratische Politiker, die auch nicht durch die Wirtschaftskrise Anfang der 90er geschmälert wurde. Ende der 90er Jahre ließ sich eine in erster Linie exportinduzierte Stabilisierung mit Anstieg der durchschnittlichen Reallöhne, aber größerer Ungleichheit feststellen, die u. a. dazu geführt hat, dass die neoliberale Rhetorik weniger dominant ist als zu Beginn des Jahrzehnts.

Im abschließenden Kapitel geht Ryner dann der Frage nach, wie es dazu gekommen ist,

dass aus Sozialdemokraten Neoliberale wurden. In diesem Zusammenhang verweist er mehrmals auf die Bedeutung, die dem Scheitern der Vorschläge für Arbeitnehmerfonds in den 70er und frühen 80er Jahren zukommt. Ein wichtiger Faktor hierfür war die umfangreiche Mobilisierung des Unternehmerverbands, der praktisch keine Mobilisierung der Arbeiterbewegung gegenüberstand. Hierfür benennt Ryner drei Gründe: das nicht optimale Timing, die mangelnde Vorbereitung auf die Mobilisierung der Gegenseite und – dies hält er für entscheidend – die durch die Rollenverteilung innerhalb der Arbeiterbewegung begründete Unfähigkeit, eine sowohl Partei als auch Gewerkschaftsbewegung übergreifende Strategie zu konzipieren und energisch umzusetzen.

Auf diesem Hintergrund habe sich dann neoliberales Gedankengut durchsetzen können, das zunächst einen Brückenkopf bei den »sozialdemokratischen Staatsmanagern im Finanzministerium« (S. 174) gebildet habe. Auch hier bestehe eine Verbindung zu der Strategie des Unternehmerverbands: Hochschuleinrichtungen hätten bedeutende Summen von unternehmensnahen Stiftungen erhalten, und das Gewicht der dort ausgebildeten Ökonomen im Finanzministerium habe deutlich zugenommen. Letztlich aber, so Ryner, bedarf eine ausreichende Erklärung einer weiteren Dimension. Diese sieht er in der Wahlverwandtschaft des antizyklischen Keynesianismus, der die traditionelle sozialdemokratische Sichtweise der Wirtschaft geprägt hatte, mit monetaristischen Theoremen. In einem globalisierten Kontext erhielten die traditionellen Zielvorstellungen und Begründungen einen neuen, mit Bestrebungen einer weitergehenden Dekkomodifizierung nicht zu vereinbarenden Inhalt.

Ryners Buch stellt vermutlich nicht die geeignetste Einführung in Geschichte und Gegenwart des »schwedischen Modells« dar. Das ist aber auch nicht die Absicht des Autors. Zu einer Zeit, in der der schwedische Regierungschef der deutschen Sozialdemokratie, der wegen Hartz IV der Wind ins Gesicht bläst, im deutschen Fernsehen den Rücken stärkt, ist es nicht zuletzt wegen der nicht zu übersehenden Parallelen bei der Entwicklung der Sozialdemokratie eine anregende Lektüre auch für weniger an diesem kleinen skandinavischen Land

interessierte Leserinnen und Leser. Die Kehrseite der Medaille besteht darin, dass die weiterhin vorhandenen Unterschiede nicht hinreichend deutlich werden. Eine Einbeziehung der von Esping-Andersen entwickelten Typologie von Wohlfahrtsstaaten wäre hier wohl hilfreich gewesen. Dennoch: Ein Buch, mit dem es sich zu beschäftigen lohnt – trotz einiger formaler Mängel (Tippfehler) und dissertationstypischer Bezugnahmen, die es eher erschweren dürften, die Zielgruppe der linken Gewerkschafter und Parteimitglieder (S. xii) zu erreichen.

RAIMUND FELD

**Jan Hoff:**  
**Kritik der klassischen politischen Ökonomie. Zur Rezeption der werttheoretischen Ansätze ökonomischer Klassiker durch Karl Marx, PapyRossa-Verlag, Köln 2004, 134 S. (14 €)**

Schon die 43 blauen Bände der Marx-Engels-Werke, ja bereits die drei Bücher des ›Kapital‹ haben noch jedem Respekt eingeflößt, der sich daran machen wollte, aus ihnen zu lernen, was es mit der ganzen »ökonomischen Scheiße« (Marx) der kapitalistischen Produktionsweise auf sich hat. Mit der 1975 in der DDR begonnenen und noch immer stetig anwachsenden (zweiten) Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) wird die Angelegenheit nicht nur für Laien durchaus unübersichtlich. Jan Hoff begibt sich mit seinem Beitrag zu Marx' Kritik der ökonomischen Klassik mit beeindruckender Text- und Sachkenntnis in das Labyrinth der MEGA mit seinen Exzerpten, Fragmenten, unveröffentlichten Manuskripten und verschiedenen Versionen veröffentlichter Texte und nutzt sie als eigenständige Quellen für eine Rekonstruktion der Genesis zentraler Gehalte der Marxschen wissenschaftlichen Revolution. Im Zuge der philologisch detailgetreuen Nachzeichnung von Stadien der Marxschen Rezeption von Aristoteles, Petty, Smith und Ricardo stellt Hoff die Frage nach Marx' Aneignung dieser Klassiker im Lichte seiner monetären Werttheorie.

Eine solche Frage ist in der marxistischen Diskussion schon deshalb selten gestellt worden, weil diese das revolutionäre wissenschaftliche Potenzial des Marxschen Ansatzes, seine *monetäre Konstitutionstheorie* des Werts, bis in die späten 1960er Jahre hinein vollständig ignorierte. Hoff weist dagegen in seinem Einleitungskapitel auf einige Grundlinien einer *neuen Marx-Lektüre* hin, einen Forschungsprozess, der vor allem in der Bundesrepublik, aber auch vereinzelt in der DDR und der Sowjetunion, Ende der 60er Jahre in Gang gesetzt wurde und der ein dem marxistischen Traditionsbestand radikal widersprechendes Bild von ›Marxscher Theorie‹ zutage förderte. Vor allem die mit Engels beginnende empiristisch-historizistische »Fehlinterpretation« (19) der Darstellungsweise und die ›prämonetäre‹ Deutung der Werttheorie des ›Kapital‹, aber auch Ambivalenzen im Marxschen Werk selbst und die Popularisierung seiner Methode, die »den Verzicht auf eine systematische Ausarbeitung werttheoretischer und methodologischer Grundgedanken« (24) bedeutet habe, wurden Gegenstand der Kritik. Engels und der marxistische Traditionalismus deuteten verschiedene Abstraktionsebenen der Darstellung der Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise im ›Kapital‹ als empirisch gleichrangige Ebenen eines Modells historisch unterschiedlicher Produktionsweisen. Damit waren Kategorien wie abstrakte Arbeit, Wert und einfache Wertform empiristisch umgedeutet und der von Marx als notwendig erachtete Zusammenhang von Ware, Geld und Kapital in einen historisch-kontingenten verwandelt. Damit bewegte sich der Marxismus aber auch auf einem methodologischen und werttheoretischen Terrain, das Marx gerade an der ökonomischen Klassik kritisierte.

Hoff arbeitet insbesondere an der Marxschen Auseinandersetzung mit Smith und Ricardo zwei wesentliche Aspekte heraus, die dessen *Kritik* der politischen Ökonomie von einer alternativen Politökonomie unterscheiden: Zunächst ist es nicht erst die Mehrwerttheorie, sondern die Formtheorie der Arbeit, die Marx von der Klassik unterscheidet. Marx kritisiert, dass die Form Wert von der politischen Ökonomie reflexionslos vorausgesetzt, nicht nach deren Genese gefragt und die sich im Wert darstellende Arbeit nicht als histo-

risch-spezifische, gesellschaftliche Form begriffen wird (es wird nicht die Frage gestellt, »warum sich die Arbeit im Wert darstellt« [Marx]). Damit bewegt sich politische Ökonomie grundlegend auf dem Feld fetischisierter Formen. Zudem wird der prämonetäre Charakter ihrer Werttheorie kritisiert, denn sie »behandelt die Wertform als etwas ganz Gleichgültiges oder der Natur der Ware selbst Äußerliches« (Marx), d. h., sie unterscheidet nicht zwischen innerem und äußerem Wertmaß als zwei auf unterschiedlichen theoretischen Abstraktionsebenen liegenden Kategorien und begreift nicht die Notwendigkeit der Geldform für den Austausch von Waren. Geld wird als rein technisches Instrument gefasst, das aus Bequemlichkeitsgründen den Austausch mittels Arbeitszeitmengen-Rechnungen ersetzt. Bei Marx dagegen wird Geld als »notwendiges Moment des valoren Austauschprozesses entwickelt« (58). Ohne eine *allgemeine* Wertform könnten sich die Waren nicht füreinander als Werte darstellen und wären auf den Status von Produkten zurückgeworfen. Hoff spricht in Anlehnung an Helmut Brentel von einer ›gleichursprünglichen‹ Konstitution von abstrakter Arbeit als *logisch* vorgeordnetem immanentem und Geld als äußerem Wertmaß. In diesem Sinne spreche Marx von der Werts substanz als im Austausch ›werdendem Resultat‹ (81), das zudem erst als Kapital ›intertemporale Existenz‹ gewinne (22, 39).

Im Gegensatz zum Empirismus und Ahistorismus der politischen Ökonomie stellt sich Marx' Ansatz damit als Wesenserkenntnis im Sinne der Rekonstruktion eines empirisch nicht unmittelbar erfassbaren gesellschaftlichen Struktur- und Handlungszusammenhangs dar – mittels der Erarbeitung einer nichtempirischen Theorieebene, die die Erklärung empirischer Erscheinungsformen, wie des Geldes, allererst ermöglicht. Marx verfolge, so Hoff, ein ›Prinzip der Entwicklung der ökonomischen Kategorien bei Differenzierung unterschiedlicher Abstraktionsebenen‹ (78). Kategorien wie abstrakte Arbeit oder Wert haben dabei keine unmittelbaren empirischen Referenten, die Aufeinanderfolge der Kategorien Ware und Geld ist nicht als ein historisch jeweils für sich existierender Sachverhalt, sondern als begriffliche Analyse zu verstehen.

Allerdings zeigt Hoff, dass Marx dem monetären Charakter seiner Werttheorie in der Auseinandersetzung mit der Klassik nicht immer den ihr gebührenden Stellenwert einräumt (60 f.) und die Äußerungen der Ökonomen gelegentlich produktiv missversteht (59).

Hoff bietet einen thematisch klar fokussierten Einblick in die aus der MEGA zu extrahierende Marxsche Werkentwicklung, dessen Nachteil (für MEW-Marxisten wie mich) einzig darin besteht, dass die Seitenkonkordanz zur MEW hinsichtlich der in beiden Werkausgaben veröffentlichten Texte fehlt. Aber vielleicht müssen wir ja alle MEGA-Marxisten werden.

INGO ELBE

Cris Mögelin:

Die Transformation von Unrechtsstaaten in demokratische Rechtsstaaten. Rechtlicher und politischer Wandel in Mittel- und Osteuropa am Beispiel Russlands, Duncker & Humblot Berlin 2003, 451 S., Tab., Abb. (92 €)

Die Systemtransformation der einstmalig sozialistischen Gesellschaften Mittel- und Osteuropas weist viele Facetten auf, darunter auch die des Rechts. So beschäftigt sich das vorliegende Buch mit der Etablierung demokratischer Rechtsstaaten unter den spezifischen Bedingungen der Transformation, mit den Voraussetzungen dafür und mit den historischen Gegebenheiten, aber auch mit der besonderen Kompliziertheit dieser politischen Aufgabe in einem Land wie Russland. Ausgehend von der These, dass die sozialistischen Staaten, da sie »das formal-material qualifizierte prozedurale Legitimationsmodell« durchweg nicht erfüllten, der gewählten Definition nach »Unrechtsstaaten« waren (S. 154 ff.), zeichnet der Autor ihren schwierigen Weg zu demokratischen Rechtsstaaten nach.

Dabei gelangt er zu dem paradox anmutenden Ergebnis, dass eine solche Transformation nicht auf der Grundlage der Prinzipien des demokratischen Rechtsstaates möglich sei, son-

dem nur über einen langwierigen, widersprüchlichen Prozess auf der Basis entsprechender ökonomischer, politischer und soziokultureller Voraussetzungen erreicht werden könne. Folglich sei Recht in der Transformation »Recht im Übergang vom sozialistischen zum demokratisch-rechtsstaatlichen Recht. Es ist folglich transitorisches Recht« (S. 355). So wie Marktwirtschaft und Privateigentum unverzichtbare Bedingungen für einen Rechtsstaat seien, so sei dies auch die Kultur: »Der demokratische Rechtsstaat kann ... nicht auf der Grundlage einer ihm widersprechenden politischen und rechtlichen Kultur etabliert werden« (S. 359). Damit erteilt der Autor Vorstellungen eines komplikationslosen, schematischen Institutionentransfers, wie er in den ersten Jahren nach 1989/1990 propagiert wurde, eine eindeutige Abfuhr, nicht aber der diesem Ansatz adäquaten Terminologie, deren Kern das Begriffspaar Rechtsstaat – Unrechtsstaat bildet.

Auch wenn es stimmt, dass diese begriffliche Gegenüberstellung nur im Deutschen Unbehagen auslöst (S. 27 f.), im Englischen dagegen nicht, so scheint sie doch keine sehr glückliche Wahl. Zumal der Begriff »Unrechtsstaat« streng genommen falsch ist, denn gemeint ist hier nicht ein Staat ohne Recht, sondern ein Staat, dem es an Gerechtigkeit mangelt. »Der Terminus ›Unrecht‹«, so der Autor, »bringt ... eher den Gegensatz zur Gerechtigkeit als den Widerspruch zur Rechtsordnung zum Ausdruck« (S. 60). Für den weiteren Gang seiner Untersuchung legt Mögelin hypothetisch fest, einen Staat nicht darum als »Unrechtsstaat« zu klassifizieren, weil er faktisch Unrecht begeht (denn das tun Rechtsstaaten unter Umständen auch), sondern deshalb, weil er die Begehung von Unrecht »aufgrund seiner Strukturen« wahrscheinlicher macht als jeder andere Staat (S. 69). Als strukturbildende »Möglichkeitsbedingungen« dafür sieht er das Fehlen zweier Voraussetzungen an, der *Legitimität* und der *Legalität*. Das heißt, wo Legitimität und Legalität fehlen, ist die Begehung von staatlichem Unrecht sehr wahrscheinlich, wo sie vorhanden sind, ist sie dagegen eher unwahrscheinlich. »Legitimität und Legalität sind demnach negative Möglichkeitsbedingungen für staatliches Unrecht« (S. 352), woraus folgt, dass jeder Staat, der

diese Bedingungen nicht erfüllt, als »Unrechtsstaat« bezeichnet werden kann. Spätestens hier wird die ganze abstrakte Begriffskonstruktion fraglich, denn die Termini Legitimität, Legalität, Recht und Staat existieren nicht historisch unabhängig und im luftleeren Raum. Was bringt es, wenn man die Volksstaaten der griechischen Polis beispielsweise als »illegal« klassifiziert, als »Nichtrechtsstaaten« (S. 73) und dem preußischen Staat unter Friedrich-Wilhelm III. die »Legitimität« abspricht, wo doch dieser Begriff gerade hier zum ersten Mal Furore gemacht hat?

Auch wenn der Autor im Weiteren dann durchaus verschiedene Legitimitätskonzepte unterscheidet und den Begriff der Legalität präzisiert, so bedient er mit seinem Begriffsinstrumentarium letztlich doch ahistorische Muster wie die Totalitätstheorie und den Demokratie-Diktatur-Gegensatz, welche letztlich alles in Frage stellen und verdächtigen, was nicht den Vorgaben der »europäisch-atlantischen Rechtskulturtradition« entspricht. Egal, ob es sich dabei um Staaten der Gegenwart handelt, die an anderen Traditionen (zum Beispiel dem Islam) festhalten, oder um historische, längst vergangene Gebilde wie Sparta und Athen. In jedem Fall verkürzt die hier Anwendung findende Methodologie die Geschichte in unzulässiger Art und Weise auf ein »Schon-« oder »Noch-nicht-Angekomensein« in der Welt des demokratischen Rechtsstaates westeuropäisch-nordamerikanischen Zuschnitts. In Bezug auf Russland wird diese Problematik dann sehr aktuell, denn weder das alte Russland der Zaren noch das Russland zwischen 1917 und 1991 noch das heutige Russland passen in das gängige Schema der »Transformationstheorie«. So ist denn auch die Feststellung des Autors, Russland erfülle »zu keinem Zeitpunkt auch nur die formalen Kriterien eines Rechtsstaates« (S. 103), faktisch eine Bankrotterklärung an eine allgemeine Theorie der rechtlichen Transformation, ebenso wie es eine solche bereits in Bezug auf die Marktwirtschaft gegeben hat.

Trotzdem bietet das Russland-Kapitel eine Fülle interessanter Einsichten und Überlegungen. So zum Beispiel, wenn die »normativen Mängel« der gegenwärtigen Rechtsordnung aufgelistet und bewertet werden oder wenn der Autor auf die Praxis des Auseinanderfal-

lens von Recht und Rechtswirksamkeit insbesondere auf föderaler und regionaler Ebene hinweist. So ist zum Beispiel bis heute »ein Fortwirken der sozialistischen Rechtskultur festzustellen« (S. 358) sowie die verbreitete Praxis des »Rechtsbruchs«, womit die nach 1991 an die Macht gelangten Eliten durchaus »positive« Erfahrungen gemacht haben. Insgesamt schätzt Mögelin ein, »dass Russland den Wandel zum demokratischen Rechtsstaat (noch?) nicht geschafft hat« (S. 356). Ob es ihn jemals schaffen wird, bleibt Spekulation und wird hier nicht weiter untersucht. Dafür aber werden einige Ursachen für den derzeit unbefriedigenden Stand herausgearbeitet.

Das Buch ist an Akribie, Sorgfalt und Fleiß im Umgang mit den Quellen kaum zu überbieten. Auch sein Stil und seine Form sind tadellos. Besonders hervorzuheben ist das 65 Seiten umfassende Literaturverzeichnis sowie das Sach- und Personenregister, welche es ermöglichen, das Werk umfassend für Forschungszwecke einzusetzen und auch als Nachschlagewerk zu nutzen.

ULRICH BUSCH

**Eberhard Fromm:**  
**Meister der deutschen Sprache –**  
**Zeitzeugen des 20. Jahrhunderts.**  
**Die deutschsprachigen**  
**Literaturnobelpreisträger**  
**von Mommsen bis Grass**  
**(Studien zur Anatomie**  
**des deutschen Intellektuellen),**  
**Edition Luisenstadt Berlin 2004,**  
**380 S.**

Das Buch bildet den Einstieg in ein Projekt über die Entwicklung und Struktur des deutschen Intellektuellen. Der Autor unternimmt den Versuch, im Unterschied zu mancher bereits vorhandenen Darstellung zu einer sachlichen, unpolemischen Wertung zu gelangen. Für seine Analyse boten sich die deutschen Literaturnobelpreisträger vor allem deshalb an, weil deren Leben und Schaffen über das ganze 20. Jahrhundert reicht und sie nicht nur sehr unterschiedlichen Charakters sind, sondern

auch verschiedene Bereiche des geistigen Lebens repräsentieren. Es interessieren den Autor nun in erster Linie die Denkmuster und Handlungsweisen der Ausgezeichneten; aus ihren Werken – darunter insbesondere auch aus ihren Briefen und Tagebüchern –, aus ihren Haltungen und Handlungen sucht er nach Antworten darauf, wodurch der Intellektuelle im Wandel der Zeiten charakterisiert ist.

Der erste deutsche Literaturnobelpreisträger (1902) war ein professioneller Historiker: Theodor Mommsen, der – so der Autor – stets darum bemüht gewesen sei, bei der Analyse geschichtlicher Vorgänge die handelnden Persönlichkeiten zu charakterisieren. Als Historiker und Schriftsteller habe er sich den Idealen der Aufklärung verpflichtet gefühlt. Auf Mommsen folgte 1908 der Philosoph Rudolf Eucken. Dessen Gedankengebäude habe seinen Ausgangspunkt in der der weltgeschichtlichen Lage entspringenden geistigen Krise gehabt. Im Ersten Weltkrieg habe er indes eine ausgesprochen blinde Parteilichkeit für den deutschen Imperialismus entwickelt.

Literaturnobelpreisträger 1910 wurde der Dichter, Übersetzer, Talenteförderer und Briefeschreiber Paul Heyse, der die Auffassung vertrat, dass der gemeine Menschenverstand nicht zur Erkenntnis der Welt beitragen könne – zu solchem bedürfe es eines gewissen Menschenadels. Zwei Jahre später – 1912 – war es Gerhart Hauptmann, der den Nobelpreis erhielt. Hauptmann – so Fromm – habe immer wieder seine geistige Unabhängigkeit betont. Reden habe er nur durch seine Werke gewollt, sonst nicht. Verbunden gefühlt habe er sich allein dem deutschen Volk, nicht einer Gruppe, einer Partei oder einem Dogma. Damit habe er seine Haltung als begeisterter Krieger im Ersten Weltkrieg entschuldigt und sei auch nach 1918 nicht zum Umdenken bereit gewesen. Unumstritten sei sein literarisches Werk, wengleich er selbst es nicht als Gesellschaftskritik verstanden wissen wollte. Höchst umstritten jedoch sein »Verständnis« für die nationalsozialistische Bewegung. Sich dazu nach Kriegsende zu positionieren, sei ihm durch seinen Tod im Juni 1946 nicht mehr vergönnt gewesen.

Im Jahre 1919 erhielt den Nobelpreis der Dichter Carl Spitteler – ein Schweizer Bürger, der in deutscher Sprache schrieb. Fromm ver-

weist hier darauf, dass Spitteler zu den wenigen Geistesschaffenden gehört habe, die sich klar gegen den Krieg aussprachen. Seine Persönlichkeitsauffassung sei von dem Schweizer Kulturhistoriker Jacob Burckhardt geprägt gewesen und habe einen elitären Zug getragen. Nobelpreisträger des Jahres 1929 war dann Thomas Mann. Der Autor zeichnet dessen Entwicklung vom Verteidiger der deutschen Kriegführung im Ersten Weltkrieg bis zum konsequenten Gegner des Faschismus. Bereits in den zwanziger Jahren habe er sich mit rechten, reaktionären Tendenzen auseinandergesetzt, im März 1933 mit dem Austritt aus der Sektion Dichtkunst der Berliner Akademie der Künste unumstößlich Stellung gegen den Nationalsozialismus bezogen. In den Nachkriegsjahren habe er für die geistige Bewältigung der jüngsten deutschen Vergangenheit plädiert. Die inhaltlich bestimmenden Themen seines Schaffens seien immer wieder die Fragen nach dem Menschen, nach der Menschlichkeit, nach dem Leben überhaupt gewesen. So habe er die apolitische Haltung von Intellektuellen als antidemokratisch kritisiert.

Wie im Kriegsjahr 1918 wurde auch in den Kriegsjahren 1940-1943 der Literaturnobelpreis nicht verliehen. Der erste deutschsprachige Schriftsteller, der ihn danach wieder erhielt, war der Schweizer Hermann Hesse. Stark vom Kulturpessimismus Jacob Burckhardts beeinflusst, habe er die Fortschrittsidee abgelehnt. Wenngleich direktes politisches Wirken für ihn nicht in Frage gekommen sei – Hesse habe eine Vermischung von Politik und Kunst für völlig abwegig gehalten –, so habe er doch zu politischen Grundfragen Stellung genommen. Hesse sei für den Frieden eingetreten, habe Nationalismus und Nationalsozialismus abgelehnt und für die Opfer des Regimes Partei ergriffen. In den fünfziger Jahren habe er die Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus verurteilt.

Eine besondere Stellung unter den deutschsprachigen Literaturnobelpreisträgern nimmt aus der Sicht Fromms Nelly Sachs (1966) ein. Sie war in Berlin aufgewachsen, ihre Hinwendung zum jüdischen Leben durch den Antisemitismus der Nazis erzwungen. Anfang 1940 zur Emigration gezwungen, wurde sie 1966 schwedische Staatsbürgerin. 1965 hatte sie den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels

erhalten. Zwei Jahre danach zeichnete die Stadt Berlin sie als Ehrenbürgerin aus. Fromm würdigt insbesondere ihr Plädoyer für eine »deutsch-jüdische Verschwisterung im Geist« (S. 269). Nelly Sachs sei im wahrsten Sinn des Wortes »zur Dichterin des jüdischen Schicksals« geworden (S. 274).

Als Preisträger folgte ihr im Jahre 1972 der Schriftsteller Heinrich Böll. Der Autor zeichnet ihn als konsequenten Gegner von Faschismus und Krieg, erinnert daran, wie er auf Wahlveranstaltungen für Willy Brandt geworben habe, gleichfalls an den Austritt aus der katholischen Kirche und an die Ablehnung der Ehrung mit dem Bundesverdienstkreuz im Jahre 1979. Mit all dem erkläre sich, dass Böll ständig Verleumdungen und Angriffen ausgesetzt gewesen sei. Böll habe die Denkleistung von Karl Marx bewundert, sei aber gegenüber Theorien und Doktrinen äußerst skeptisch gewesen. Großen Wert habe er auf das Wissen um die Vergangenheit gelegt, typisch für ihn sei ein ausgeprägtes Gefühl für die Mängel und Fehler der demokratischen Entwicklung – besonders auf geistigem Gebiet – gewesen.

Literaturnobelpreisträger des Jahres 1981 wurde Elias Canetti. Auch er habe stets den Menschen – und nicht Gesetze, Prozesse, Systeme – gesucht. Canettis Menschenbild sei zu tiefst pessimistisch gewesen. Die Menschheit – so sein Bedauern – habe nichts gelernt, denn wie sonst könnten sich Kriege wiederholen? Canetti hatte sich zwar entschieden, in deutscher Sprache zu schreiben, war aber kein Deutscher. In Bulgarien geboren, aus einer Spaniolenfamilie stammend, verbrachte er sein Leben in England, Österreich, der Schweiz und zeitweise auch in Deutschland – war also wohl das, was man einen Europäer nennt. Der Autor empfiehlt zu gründlicherer Befassung Canettis Buch »Masse und Macht«. Hier habe der Schriftsteller dem Massentrieb den Persönlichkeitstrieb gegenübergestellt. Aus dem Widerstreit beider würde sich die Menschheitsgeschichte erklären lassen. Das Phänomen der Masse sei für Canetti eine Grundfrage – am Gegenstand des 20. Jahrhunderts habe er diese aber, so Fromm weiter, nur unbefriedigend behandelt.

Und dann schließlich Günter Grass, Preisträger 1999. Der Autor beschreibt ihn als einen typischen deutschen Intellektuellen, der sich

öffentlich einmische und auch im politischen Leben engagiere. Grass zufolge dürfe ein Schriftsteller nicht schweigen, sei aber auch nicht das Gewissen der Nation. Zwei geistige Quellen seien für ihn bezeichnend: die europäische Aufklärung und der Revisionismus des Eduard Bernstein.

In einem besonderen Abschnitt geht Fromm dem Gedanken nach, inwieweit von einem Staffelstabwechsel unter den Preisträgern gesprochen werden könne, und wirft dann resümierend die Frage auf, ob es sich bei den Ausgezeichneten um Eichmeister geistiger Maße oder Narren in einer maßlosen Zeit handle. Seine Antwort ist angesichts seines erklärten Vorhabens, weiter zur Anatomie des deutschen Intellektuellen zu arbeiten, absichtlich nur eine vorläufige: Sie seien bemüht gewesen, als Eichmeister zu wirken; die Gesellschaft jedoch honoriere diese Rolle des Intellektuellen immer weniger, so dass die Gefahr bestehe, ihn zum Narren der Gesellschaft werden zu lassen.

Zweifelsohne handelt es sich bei der vorliegenden Publikation um eine höchst informative und zum Nachdenken anregende Arbeit. Sie vermittelt ein eindrucksvolles Bild des deutschsprachigen Schriftstellers im 20. Jahrhundert. Bleiben jedoch einige Fragen, die weiterer Diskussion bedürfen: Wie kommt es, dass am Beginn des 20. Jahrhunderts relativ viele deutsche Schriftsteller den Nobelpreis erhalten haben und in den späteren Jahren diese Entwicklung abbricht? Liegt die Ursache in der fehlenden Akzeptanz des Deutschen – oder gab es keine zu würdigenden literarischen Leistungen? Ist es korrekt, Spitteler, Hesse und Canetti unter der Kategorie »deutsche Intellektuelle« zu subsumieren? Und weiter: Muss nicht vorrangiger Maßstab der Bewertung eines Schriftstellers sein Werk sein – und weniger seine Haltung zu politischen Problemen? Es bleibt zu hoffen, dass Fromm sein Vorhaben, die Anatomie des Intellektuellen zu vertiefen, mit der gleichen Gründlichkeit und Anschaulichkeit wie im vorliegenden Buch realisiert.

ALFRED LOESDAU